

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegrams: Kageblad Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 172

Freitag, den 26. Juli 1929

24. Jahrgang

Franszösische Konferenzsorgen

Die französische Regierung hat sich heute zum ersten Mal offiziell mit der Vorbereitung der Regierungskonferenz befaßt. Der erkrankte Poincaré konnte an den Beratungen des Ministerrats nicht teilnehmen. Außer der Organisation der allgemeinen Konferenz war auch vom Organisationskomitee für die Pariser internationale Regelungen die Rede. Jüngere, welche Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Die Beratungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden, und zwar ist der nächste Ministerrat auf Donnerstag abend 21.30 Uhr angesetzt worden. Diese ungewöhnliche Zeit erklärt sich dadurch, daß die Mitglieder der Regierung tagsüber an den Beratungen des Senats über die Ratifizierung teilnehmen müssen.

Aus den Beratungen der Regierung ist bisher kein Licht auf die ziemlich unklare Lage gefallen. Von Paris aus gesehen, haben die Vorbereitungen für die Einberufung der Konferenz in den letzten Tagen keinerlei Fortschritte gemacht, so man kann sogar insofern von Rückschlägen sprechen, als gewisse Widerstände zu Tage getreten sind, mit denen man in diesem Maße nicht gerechnet hatte. Der sonderbare Streit um den Tag und Ort der Konferenz ist soweit gebrochen, daß man nunmehr überhaupt nicht mehr weiß, wo die Konferenz untergebracht werden dürfte. Fast alle Möglichkeiten scheinen bereits erschöpft, ohne die Zustimmung sämtlicher Konferenzteilnehmer gefunden zu haben, so daß man nunmehr wieder an einen ursprünglich in Aussicht genommenen Tagungsort, nämlich Baden-Baden, denkt. Hinter diesem großen anmutenden Streik um Außerachtlassung der Konferenzteilnehmer stehen die Meinungsverschiedenheiten, über deren Gegenstand man nicht näher unterrichtet ist. Es würde den Traditionen der französischen Außenpolitik entsprechen, wenn zwischen Paris und London wenigstens bis zur Konferenz eine gewisse Übereinstimmung über die einzuhaltende Linie herbeigeführt würde. In der gegenwärtigen Situation aber steht der Standpunkt der Pariser Regierung anscheinend in wichtigen Punkten im Gegensatz zu der englischen Auffassung, und dieser Gegensatz scheint sich im Laufe der Vorbereitungen nicht wesentlich gemildert zu haben. Während Frankreich in der Räumungsfrage sich äußerst zurückhaltend zeigt und umso nachdrücklicher auf der Schaffung der Kontrollkommission für die demilitarisierte Rheinlandszone besteht, so man sich in England darüber einig, daß der Rückzug der alliierten Truppen aus dem Rheinland so schnell wie möglich zu erfolgen habe. Andererseits aber hat Frankreich seine grundsätzliche Zustimmung zum Young-Plan erteilt und besteht, wie auch die letzten Reden Poincarés und Briand's gezeigt haben, auf einer unveränderlichen Annahme des Sachverständigenberichts. Es war daher auch mit der frühzeitigen Einberufung des Organisationskomitees einverstanden. Man ist hier nun petnlich verärgert, daß London bisher keine klare Stellung zum Young-Plan genommen hat, und es wurden Vermutungen geäußert, daß die englische Regierung weitgehende Änderungen am Sachverständigenbericht vorgenommen zu sehen wünsche. Wenn auch von englischer Seite hier keine bestimmten Abänderungswünsche bekannt geworden sind, so betrachtet man es doch als bezeichnend für die kommende Haltung Englands auf der Konferenz, daß angeblich die Londoner Regierung die Einleitung der weiteren Reparationsverhandlungen wie Rumänien, Griechenland, Südafrika usw. angeregt habe, d. h. derjenigen Länder, die ihre Unzufriedenheit mit dem Young-Plan deutlich zum Ausdruck gebracht haben. In diesem Zusammenhang besitzt man hier auf den englischen Widerstand gegen die vorzeitige Einberufung des Organisationskomitees, die bekanntlich von Deutschland angeregt worden ist. Solche Überlegungen sind wohl für die etwas ängstliche und zögernde Art bestimmend, mit der das französische Außenministerium an die Regierungskonferenz herangeht, und erklären auch die Hartnäckigkeit, mit der es sich gegen London als Konferenzort behauptet. (Diese französischen Auffassungen sind zwar recht interessant, brauchen aber noch nicht ohne weiteres richtig zu sein. Red.)

Wenn auch die Ratifizierung der Schuldenabkommen durch die Kammer dem Außenminister Deland in einer sehr wesentlichen Beziehung freie Hand für die Konferenz geschaffen hat, so sind doch die internationalen Gemisnisse und Unklarheiten in Bezug auf Gegenstand und Verlauf der Konferenz doch noch so zahlreich, daß sie ihn auch weiterhin zur größten Besorgnis bestimmen.

Der Haag-Tagungsort der Reparationskonferenz?

„Times“ meldet: Ueber den Zusammenkunftsort der Reparationskonferenz ist noch immer keine Einigung erzielt. Die britische Regierung unternimmt aber jetzt einen endgültigen Versuch, die anderen interessierten Staaten zu veranlassen, den Haag als Konferenzort anzunehmen.

Rieler Studenten gegen Verfassungsfeier

Am der Rieler Universität soll am 26. Juli eine Verfassungsfeier stattfinden, zu der auch die Studentenschaft eingeladen war. Der Vorstand der Freien Rieler Studentenschaft hat nunmehr in einem Schreiben an den Rektor mitgeteilt, daß sie nach den Vorlesungen vom 28. Juni keine Veranlassung sehe, eine Verfassung zu feiern, die nicht einmal von der Regierung und den Regierungen einzelner Länder respektiert werde. Versuche des Rektors, mit einzelnen Teilen der Studentenschaft wegen einer Teilnahme zu verhandeln, sind bisher nur beim Republikanischen Studentenbund von Erfolg gewesen.

Kellogg-Pakt in Kraft

Von der Regierung der Vereinigten Staaten wurde das Inkrafttreten des Kellogg-Paktes gestern feierlich verkündet. Die amerikanische Regierung hatte dazu die in Washington beglaubigten Vertreter der Mächte, die den Pakt unterzeichnet haben, oder ihm beigetreten sind, eingeladen.

Der Reichspräsident hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ein Glückwunschschreiben geschickt, ebenso der Reichsminister des Auswärtigen an den Staatssekretär Simson.

Der Kellogg-Pakt ist am 27. Juli 1928 in Paris von den Signatarmächten unterzeichnet worden. Er tritt in Kraft mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Signatarmächte. Japan hatte formelle Bedenken erhoben, indem es in einer Erklärung niedergelegt hatte, daß nach seinen Gesetzen der Kaiser bei Abschluß von Verträgen im eigenen Namen handele. Die japanische Ratifikationsurkunde wird heute hinterlegt.

Die Zahl der am Kellogg-Pakt beteiligten Mächte beläuft sich nunmehr auf 40, darunter befindet sich auch die Sowjetunion und China.

Die feierliche Proklamation

Durch die Niederlegung der japanischen Ratifikationsurkunde durch Botschafter Dewauchi beim Staatssekretär Simson in Washington ist das endgültige Inkrafttreten des Kellogg-Paktes bewirkt. 10 erste Teilnehmende und 31 weitere Staaten haben ratifiziert und die Urkunden niedergelegt. Acht weitere Ratifikationsurkunden sind noch nicht deponiert worden. Bis auf Argentinien und Brasilien haben alle Weltstaaten die Ratifizierung vollzogen oder angekündigt.

Die nach amerikanischem Staatsrecht erforderliche Proklamation wurde im Weißen Haus um 13 Uhr von Präsident

Hoover in Gegenwart von Coolidge und Kellogg und aller Vertreter der fremden Mächte feierlich verlesen. Als Vertreter des Senates wohnten Senator Borah und Swanson der Verlesung bei. An diese schloß sich ein Frühstück für sämtliche Teilnehmer im Weißen Haus an.

Reichspräsident und Reichsaußenminister gratulieren.

Anlässlich der feierlichen Verkündung des Inkrafttretens des Kellogg-Paktes hat Reichspräsident von Hindenburg an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika nachstehendes Telegramm geschickt:

„Aus Anlaß des Inkrafttretens des Paktes zur Vermeidung des Krieges, an dessen Zustandekommen die Vereinigten Staaten von Amerika einen so hervorragenden Anteil haben, spreche ich Ihnen, Herr Präsident, die herzlichsten Glückwünsche aus. Ich hege die Hoffnung, daß dieser Pakt bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen den Völkern keine Kraft bewahren und dazu beitragen wird, den Weltfrieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu sichern.“

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann hat aus dem gleichen Anlaß an Staatssekretär Simson das folgende Telegramm geschickt:

„Am dem Tage, an dem der mit dem Namen Ihres verehrten Herrn Amtsvorgängers so eng verbundene Pakt zur Vermeidung des Krieges in Kraft tritt, ist es mir eine besondere Freude, Ihnen, Herr Staatssekretär, meine herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Der Pakt, der dem innersten Verlangen der Völker Ausdruck gibt, hat für die friedliche Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten eine neue Grundlage geschaffen. Ich vertraue darauf, daß er sich auch unter schweren Umständen jederzeit wirksam erweisen wird.“

gez. Stresemann.“

Englische und amerikanische Flottenabrüstung?

Bekanntgabe Hoovers

Präsident Hoover hat die Einstellung der vom letzten Kongreß beschlossenen Kreuzerbaupläne verfügt.

Wie der Präsident bekannt gibt, sollen die drei im Programm für 1929 noch vorgesehenen Kreuzer vorläufig nicht auf Kiel gelegt werden. Die Frage, ob sie gebaut werden, soll noch einmal überprüft werden.

Bedeutsame Erklärung Macdonalds

In Verantwortung einer Anfrage Fernandorichs erklärte Macdonald gestern im Unterhaus: Ich bin jetzt in der Lage, eine Erklärung über die unmittelbaren Wünsche der Regierung bezüglich des Flottenbauprogramms abzugeben. Der allgemeine Standpunkt der Regierung ist, daß zwei Haupterwägungen beachtet werden müssen:

1. Die Bedeutung der Verteidigungsmittel, die verwendet werden müssen,
2. die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Macdonald beglückte die Ankunft des neuen amerikanischen Botschafters Davies, der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Mission betraut worden ist, den Boden für ein internationales Abkommen zur Vermeidung und Beschränkung der Flottenrüstungen vorzubereiten. Er erklärte: Wir sind über den Grundgeden der Parität über-

eingekommen, und wir sind überkommen, ohne in irgend einer Weise von den Bedingungen der Parität abzugehen, ein gewisses Maß der Dehnbarkeit zuzulassen.

Wir haben beschlossen, uns von technischen Punkten nicht stören zu lassen. Sobald die Vertagung des Unterhauses mich von meiner täglichen Arbeit befreit, beschäufige ich, mich hauptsächlich dieser Frage zu widmen, bis ein Ergebnis erzielt worden ist.

Mein Besuch beim Präsidenten der Vereinigten Staaten ist jetzt Gegenstand von Besprechungen.

Macdonald führte dann weiter aus, daß die allgemeine Lage eine Veränderung des Flottenbauprogramms rechtfertige. Die Regierung habe daher nach gründlicher Prüfung der Flottenlage und nicht nur als Beweis ihrer eigenen Aufrichtigkeit, sondern auch als eine ihr von der Lage der Staatsfinanzen auferlegten Pflicht beschlossen, alle Arbeiten an den Kreuzern „Surren“ und „Northumberland“ einzustellen, das U-Boot-Muttergeschiff „Mothstone“ zu streichen, die Kontrakte für zwei Unterseeboote zu kündigen und Fertig- und andere Flottenbauten zu verlangsamen.

Was die Flottenbauprogramme 1929/30 betreffe, so würden auf jeden Fall vor dem Herbst keine Verpflichtungen eingegangen werden.

Severing über die Republik und die Rückkehr Wilhelms II.

Das Douvre veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Vertreters mit Innenminister Severing über die Frage der Rückkehr Wilhelms II. Das neue Republikstimmgesetz, so habe Severing u. a. erklärt, sei von den Sachverständigen seines Ministeriums schon fertiggestellt worden. Es habe die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden und werde auch vom Reichstag angenommen werden. Allerdings habe man in dem neuen Gesetz auf gewisse Artikel, besonders auf den Kaiser-Paragrafen, verzichten müssen. Gesehlich stehe der Rückkehr Wilhelms II, die möglich, aber kaum wahrscheinlich sei, nichts im Wege. Severing habe weiter erklärt, eine Rückkehr Wilhelms II. sei zwar unermesslich und peinlich, bide aber keine Gefahr für die Republik. Die Republik sei durchaus gesichert und gegen eine Wiederherstellung der Monarchie gesichert.

„Die deutsche Republik“, hieß Severing fort, „steht mit aber nicht von den Ältesten besonders verurteilt worden zu sein.“

Man hatte bei uns geglaubt, daß die Franzosen im Jahre 1918 Rücksicht auf die Republik nahmen. Douvre, zehn Jahre nachher, kann man sagen, daß die Aufmunterungen sehr selten gewesen sind. Die Friedensbedingungen und die lange Dauer der Besetzung haben dazu beigetragen, in Deutschland der republikanischen Propaganda zu dienen, während günstige Handlungen der Verbreitung republikanischer Gedanken zugute gekommen wären.“ Der Innenminister betonte zum Schluß, der Stahlhelm und die anderen Verbände bereiteten zwar einige innenpolitische Schwierigkeiten, würden aber schließlich in der Wechselseitigkeit der großen Mehrheit des deutschen Volkes untergehen. 70 bis 76 v. D. des deutschen Volkes seien fest mit der Republik verbunden.